

S t a d t H a a n
Niederschrift über die
27. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Mobilität der Stadt Haan
am Dienstag, dem 11.02.2025 um 17:00 Uhr
in der Aula der städtischen Gesamtschule Haan, Walder Str. 15

Beginn:
17:00

Ende:
19:53

Vorsitz

Stv. Vincent Endereß

CDU-Fraktion

AM Robert Abel

Stv. Annette Braun-Kohl

AM Godehard Büskens

AM Manfred Kupke

Herr Gerhard Rosendahl

Vertretung für Stv. Annette Leonhardt

SPD-Fraktion

AM Giulia Baran

Stv. Felix Blossey

Stv. Jörg Dürr

Stv. Jens Niklaus

Vertretung für Stv. Martin Haesen

Vertretung für AM Sandra Niklaus

WLH-Fraktion

AM Sascha Bornträger

Stv. Meike Lukat

Stv. Nadine Lütz

GAL-Fraktion

AM Jörg-Uwe Pieper

Stv. Andreas Rehm

Stv. Elke Zerhusen-Elker

FDP-Fraktion

Stv. Michael Ruppert

Vertretung für AM Dirk Raabe, von TOP 3
bis TOP 8

Schriftführung

VA Fabian Beyer

Vertreter des Seniorenbeirates

Herr Dr. Rolf Brockmeyer

Techn. Dezernent

Techn. Dezernent Joachim Horst

Verwaltung

TA Guido Mering

VA Janine Müller

Frau Anja Klöckener

Gäste

Herr Jens Schmidt, Klimaanpassungs-
und Nachhaltigkeitsmanager Kreis Mett-
mann

Der Vorsitzende Vincent Endereß eröffnet um 17:00 Uhr die 27. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Mobilität der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung:

In der Folge verpflichtet er Frau Giulia Baran als neues Ausschussmitglied.

Öffentliche Sitzung

1./ Befangenheitsmitteilungen

Protokoll:

Es liegen keine Mitteilungen vor.

2./ Hitzebelastung und kreisweite Klimaanalyse - hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 03.11.2024

Protokoll:

VA Müller führt kurz in die Thematik ein und übergibt das Wort an den Klimaanpassungs- und Nachhaltigkeitsmanager des Kreises Mettmann, der seinen Vortrag mittels Präsentation (Anlage 1) visualisiert.

Stv. Braun-Kohl macht für die Stadt Haan angesichts der gezeigten Grafiken eher großflächige Hitzebelastungen als Hitzeinseln aus und möchte daher wissen, ob Haan im Vergleich zu anderen Städten schlechter aufgestellt sei. Daran schließt sich ihre Frage an, welche Maßnahmen Linderung versprechen.

Hr. Schmidt führt aus, dass es keine Legaldefinition zum Begriff „Hitzeinsel“ gebe bzw. ganze Innenstadtbereiche als großflächige Hitzeinsel eingestuft werden könnte. Haan stehe in dieser Hinsicht nicht schlechter als andere vor allem in den Innenstadtbereichen stark versiegelten Städte da, die Probleme seien überall ähnlich gelagert. Als wichtigste Maßnahmen führt er die Entsiegelung, Begrünungsmaßnahmen von Gebäuden (Fassaden & Dächer) sowie die Schaffung zusätzlicher Grünflächen im Innenstadtbereich bzw. die Bewahrung von nächtlichen Kaltluftströmen respektive Schaffung von neuen Kaltluftproduktionsorten an und führt weiter aus, dass Klimaanpassungsmaßnahmen leider sehr oft kostenintensiv sein könnten.

Stv. Rehm möchte wissen, ob anhand der Analysen die Auswirkungen durch geplante Neubaugebiete ableitbar sei.

Stv. Lukat fragt, wann mit der Veröffentlichung der Betroffenheitsanalyse zu rechnen sei. Zur „Klima-Zwillings-Stadt“ in Italien möchte sie wissen, wann diese klimatischen Verhältnisse in Haan zu erwarten seien und wie diese Entwicklung evtl. verzögert werden könne.

Hr. Schmidt legt dar, dass der Fortschritt der Klimaerwärmung davon anhänge, wie die Menschheit handle. Nach derzeitigen Annahmen sei das italienische Klima in ca. 60 Jahren auch in Haan zu erwarten. Daher müsse der Fokus der Kommunen neben dem Klimaschutz auch auf das Thema Klimaanpassung gelegt werden. Die vom Kreis Mettmann zu erstellende Klimarisiko- und Betroffenheitsanalyse werde voraussichtlich Ende 2025 vorgelegt.

Stv. Dürr zeigt sich erschrocken darüber, dass die Gartenstadt nur wenig kühle Flächen ausweise. Er möchte wissen, ob auch Sozialdaten, z.B. zur demografischen Entwicklung in die Analysen einfließen und ob auch Handlungsvorschläge enthalten seien.

Hr. Schmidt erläutert, in der Präsentation sei die Physiologisch Äquivalente Temperatur (PET) eines autochtonen Sommertages – also wolkenloser Himmel und schwacher Wind – für 14 Uhr bzw. mit maximaler Einstrahlung dargestellt. Die für Haan dargestellten Modellergebnisse zeigten dabei die im gesamten Kreis Mettmann relativ identischen Effekte mit höchsten Belastungen für den Menschen in den typischen Bereichen, zu denen vor allem unverschattete Freiflächen wie Äcker und Sportplätze sowie hochversiegelte Bereiche mit wenig Schattenwurf der Gebäude gehörten. Soziale Daten sowie die Berücksichtigung der kritisch-sensiblen Infrastruktur fließen in die Klimarisiko- und Betroffenheitsanalyse bzw. in die dazugehörigen Planungshinweiskarten, die der Kreis gerade erstellen lasse, ein. Konkrete Handlungsvorschläge wären dann erst Teil eines Klimaanpassungskonzeptes auf Basis dieser Daten, für welches die Stadt Haan ja gerade die Förderzusage erhalten habe.

AM Büskens möchte wissen, in welchem Zeitraum es möglich sei, die klimatischen Auswirkungen von geplanten Neubaugebieten vorherzusagen.

Hr. Schmidt erklärt, eine solche Expertise sei circa innerhalb von vier Wochen auf Basis der vom Kreis erstellten Klimaanalyse durch Vergabe eines dazugehörigen Auftrags z.B. an die erstellende Agentur der kreisweiten Klimaanalyse, die Firma GEO-NET Palm4U, über deren kreisweite Einsatzoption die Stabsstelle auch noch im Rahmen der Fertigstellung der kreisweiten Klimarisikoanalyse nachdenke.

Beschluss:

Der Sachstandsbericht des Kreises Mettmann zur Hitzebelastung der Stadt Haan und der kreisweiten Klimaanalyse wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

3./ 10-Punkte-Klimaschutzprogramm
- hier: Abschlussbericht
Vorlage: KUM/013/2025

Protokoll:

Stv. Rehm erklärt, die GAL-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimmen, da dieses Konzept Formulierungen enthalte, die längst nicht mehr zeitgemäß seien. Er moniert, dass es die Verwaltung in 18 Jahren nicht geschafft habe, aus eigenem Antrieb ein Berichtswesen zu installieren. Alle ergangenen Sachstandsberichte seien auf Bitten der Politik erstellt worden. Auch die Umsetzung sei entweder gar nicht oder viel zu langsam erfolgt. All dies zeige das offensichtliche Desinteresse der Verwaltung beim Thema Klimaschutz. Er rege an, die Inhalte der Checkliste zur Bauleitplanung als verbindliche Vorgaben für die Bauleitpläne zu beschließen.

Techn. Dez. Horst erklärt, die Verwaltung habe viele Ausführungen zur Checkliste gemacht. Vorwegbindungsbeschlüsse des Rates in der Bauleitplanung seien aber aufgrund des Abwägungsgebotes rechtlich diffizil.

Stv. Dürr macht deutlich, er habe 17 Jahre lang versucht, das ÖPNV-Netz in Haan zu verbessern, passiert sei aber so gut wie nichts. Den insgesamt optimistischen Zungenschlag der Vorlage könne auch er nicht teilen, so sei die Fahrradinfrastruktur nicht wesentlich optimiert worden.

Stv. Braun-Kohl ist der Ansicht, die angekündigte Sanierung der Haaner Bahnhöfe im Jahr 2026 sei existenziell wichtig. Bei den PV-Anlagen sei z.B. viel zu wenig passiert. Heute herrsche aber ein anderes Bewusstsein auch in der Politik für diese Thematik. Das Programm sei damals seiner Zeit voraus gewesen. Es sei aber auch wichtig, neben der Fahrradinfrastruktur die Belange der Fußgänger nicht aus den Augen zu verlieren.

Stv. Lukat bekräftigt, insgesamt liefere die Vorlage nur wenig harte Fakten, so habe die Verwaltung im Technologiepark hingenommen, dass die Fa. Aperam weder Fassadenbegrünungen vorgenommen habe, noch habe man Auflagen zur Eindämmung der Lichtverschmutzung erteilt. Sie bitte die Verwaltung im HFA darzulegen, welche Verbesserungsmöglichkeiten bei den städtebaulichen Verträgen gesehen würden.

Techn. Dez. Horst sagt zu, dass im HFA die Möglichkeiten insbesondere bzgl. Grundstückskaufverträgen dargelegt werden können.

Anmerkung: Mittlerweile liegt eine Anfrage der WLH-Fraktion vom 20.02.2025 zum Thema „städtische Grundstücksverkäufe mit Verantwortung für Umwelt, Verkehrsbelastung & Finanzen“ vor, die entsprechend beantwortet wird.

Auch **Stv. Ruppert** sieht keinen positiven Abschlussbericht. Dieser enthalte viele Pläne, aber wenig operative Tatsachen.

AM Abel dankt der GAL-Fraktion für ihren unermüdlichen Einsatz und findet, dass

Haar beim Thema Photovoltaik gar nicht schlecht aufgestellt sei. Das Wort Abschlussbericht bedeute nicht, dass die Entwicklung am Ende angekommen sei. Wichtigstes Ziel sei, dass der ÖPNV besser angenommen werde.

Beschluss:

Der Abschlussbericht der Verwaltung zum 10-Punkte-Klimaschutzprogramm wird zur Kenntnis genommen. Eine Fortschreibung oder weitere Sachstandsberichte werden nicht mehr erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

- 4./ Integriertes Klimaschutzkonzept**
- hier: Fortschreibung im Jahr 2025 und Anpassung des Fortschreibungs-
turnus
Vorlage: KUM/014/2025
-

Protokoll:

Stv. Lukat fragt, warum die Verwaltung nur alle fünf Jahre das Integrierte Klimaschutzkonzept fortschreiben möchte. Sie bitte um Auskunft, wie andere Städte dies handhaben.

VA Müller erläutert, die Verwaltung beabsichtige, jeden neuen Rat zu Beginn seiner Legislatur damit zu beschäftigen, damit dieser ausreichend Einfluss darauf nehmen könne.

Stv. Rehm sieht eine Verknüpfung mit der Legislaturperiode als nicht sinnvoll an, da sich die Ideenspeicher viel schneller füllen. Daher sehe er einen Zeitraum von drei Jahren als zielführender an und erhebt dies als Ergänzung des Beschlussvorschlags.

VA Müller erklärt, der Fortschreibungszeitraum von drei Jahren sei der aktuell gültige, von daher könne auf einen veränderten Beschlussvorschlag verzichtet und der heute vorgelegte abgelehnt werden.

Dem stimmt **Stv. Dürr** zu, Dinge veränderten sich oft sehr schnell, ein Fortschreibungsturnus von fünf Jahren sei nicht sachdienlich.

Beschluss:

Die Fortschreibung des Integrierten Klimaschutzkonzepts erfolgt ab 2025 alle fünf Jahre. Ebenso wird die Maßnahmenplanung für fünfjährige Zeiträume ausgelegt.

Abstimmungsergebnis:

mit 0 Ja- und 11 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen **abgelehnt**

**5./ Betrieb der E-Ladestation auf dem Rathausparkplatz
- hier: Ladestromtarif für neue Ladekarten und Ad-Hoc-Ladevorgänge
Vorlage: KUM/015/2025**

Protokoll:

Stv. Niklaus gibt zu bedenken, ob das Vorhalten einer solchen Ladesäule vor dem Hintergrund der mittelfristig anstehenden Entwicklung der Rathauskurve auch wirklich nachhaltig sei. Die vorgeschlagene Startgebühr erachtet er mit Blick auf das Marktumfeld als eher ungewöhnlich, beim Ad-hoc-Laden empfiehlt er nachts auf die Blockiergebühr zu verzichten.

VA Müller führt aus, bei den Preisen habe sich die Verwaltung an der Marktlage orientiert, wobei der Grundsatz gelte: kein Ladevorgang – keine Startgebühr! Die Verwaltung sei offen für einen Verzicht auf die Blockiergebühr zur Nachtzeit.

Stv. Lukat wirft die Frage auf, ob die Stadt den Betrieb der Ladesäule nicht an die Stadtwerke übergeben könne, wenn diese nicht kostendeckend zu betreiben sei. Sie wünscht eine inhaltliche Aufarbeitung zum kommenden HFA.

Auch **Stv. Braun-Kohl** ist der Ansicht, ein anderer Betreiber sei sinnvoll. Helfen könne vielleicht eine weitere Ladekarte, z.B. über die Stadtwerke Haan.

Stv. Rehm beurteilt die Kosten für das Ad-hoc-Laden mit 0,89 € als sehr hohe Gebühr und bittet um Prüfung.

Techn. Dez. Horst erklärt, die Verwaltung prüfe bereits, ob der Betrieb der Ladesäule abgegeben werden könne, was aber wegen der Förderkulisse im Hintergrund recht diffizil sei. Evtl. sei hier eine Rückzahlung von Fördermitteln zu leisten. Die Preisanpassung erfolge vor dem Hintergrund eines wirtschaftlichen Betriebs der Ladesäule.

VA Müller stellt klar, dass während das Förderprogramm bereits ausgelaufen sei, die Bindungsfrist noch nicht ausgelaufen sei und die rechtssichere Übergabe der Ladesäule derzeit geprüft werde. Die angedachte Ladekarte der Stadtverwaltung sei an allen Säulen verwendbar.

Stv. Niklaus fragt nach, ob die Ladekarte der Stadt Teil des ladenetz.de-Netzwerkes sei. Für den nicht-öffentlichen Teil des HFA bitte er die Preissituation darzulegen. Da die Preise auf dem Markt gerade wieder fielen, könnte eine hohe Gebühr kontraproduktiv sein.

Beschluss:

Es besteht noch Klärungsbedarf, daher wird eine Empfehlung in der kommenden Sitzung des HFA abgegeben.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**6./ Kommunale Wärmeplanung
- hier: Sachstandsbericht
Vorlage: KUM/016/2025**

Protokoll:

Stv. Lukat möchte wissen, wie wahrscheinlich die Einstellung eines Klimaanpassungsmanagers für Haan sei.

Techn. Dez. Horst erläutert, zwar bleibe die Bewerberlage schwierig, aber es gebe mehr Bewerbungen als zuletzt.

Fraktionsübergreifend wird das Thema Fernwärme in näherer Zukunft für Haan nicht gesehen, wengleich **Stv. Dürr** daran erinnert, dass aufgrund der gesetzlichen Vorgaben alle möglichen Handlungsoptionen der Wärmeversorgung zu prüfen seien.

VA Müller versichert, sich hierzu in engem Austausch mit den Stadtwerken Haan zu befinden. Die Personalstelle für die kommunale Wärmeplanung werde bald ausgeschrieben.

Beschluss:

Der Sachverhaltsdarstellung der Verwaltung wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

7./ Mobilstation im Quartier
- hier: Sachstandsbericht und Änderungsvorschlag der Verwaltung
Vorlage: KUM/017/2025

Protokoll:

Stv. Braun Kohl empfiehlt, sich auf die vier ausgewählten Standorte für Mobilitätsstationen zu konzentrieren und die Quartiersmobilstationen später zu entwickeln, da dort bereits eine Bus-Infrastruktur vorhanden sei. Das vorgestellte Konzept zur Memeler Str. erachte sie als noch nicht stimmig.

Stv. Dürr möchte die Intermodalität auch in den Quartieren umzusetzen. Das Projekt Memeler Str. sei auf Vorschlag des Haaner Bauvereins entstanden. Bei Quartiersmobilitätsstationen müsse auch immer ein Car-Sharing mitgedacht werden.

VA Müller legt dar, Mobilstationen im Quartier seien anders konditioniert, da sie nicht unbedingt als ÖPNV-Verknüpfung dienen. Bei einer Mobilstation gehe es darum, dass die Bewohnerschaft mehrere Optionen der Verkehrsmittelwahl vorfinde. Bei der Entwicklung der Quartiere hoffe man auf Unterstützung von Experten aus dem „Zukunftsnetz Mobilität“.

Techn. Dez. Horst erklärt, die Verwaltung habe keine Einwände gegen den ergänzten Beschlussvorschlag durch die GAL-Fraktion, sofern klar sei, dass die Verwaltung nicht in eine operative Umsetzung des Carsharings selbst einsteigen könne.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der IKK-Fortschreibung eine Maßnahme einzubringen, die ein Mobilstationen-Konzept für das gesamte Stadtgebiet und einen Aktionsplan für die bauliche Umsetzung an priorisierten Standorten umfasst.
2. Bei der Planung der Mobilstationen ist ein Carsharing-Angebot zu berücksichtigen. Die Stadtverwaltung bemüht sich um eine Förderung (Anschubfinanzierung durch NRW).

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

8./ Sachstandsbericht der Projekte des Tiefbauamts
Vorlage: 66/105/2025

Protokoll:

Stv. Braun-Kohl teilt zur Sanierung der Ohligser Straße mit, die Geduld der CDU-Fraktion sei hier am Ende. Aufgrund der Baukostensteigerungen drohe man mit einem Antrag, andere Straßenbauprojekte zu priorisieren.

AM Pieper fragt wegen der Beschilderung des Fahrradstreifens auf der Diekerstr. nach.

TA Mering erklärt, die Schilder seien eingetroffen, der Betriebshof müsse sie noch aufstellen.

Stv. Lukat erkundigt sich nach der Personalsituation im Betriebshof.

Techn. Dez. Horst führt aus, grundsätzlich verfüge der Betriebshof nur über eine dünne Personaldecke. Hinzu kämen jahreszeitbedingte Erkrankungen und Winterdiensttätigkeit. Wunschgemäß werde es hierzu einen Bericht im DOPA geben.

TA Mering veranschaulicht, dass im Haaner Betriebshof aktuell nur eine Person als Schilderkolonne fungiere.

Zur Routenführung auf der Königgrätzer Straße regt **AM Pieper** nach Rücksprache mit dem ADFC Haan ein großräumiges Konzept für die Stadt an.

Techn. Dez. Horst erläutert, die Routenführung stamme aus dem Verkehrskonzept von 2018 werden.

Es ergehen Wünsche zur Aufstellung des mobilen Geschwindigkeitsmessgerätes an Drosselweg und Gartenstr.

Stv. Braun-Kohl begrüßt die Instandsetzung der beiden Lichtsignalanlagen an der Landstraße und der Bahnstr. Auch die Ampel an der Prälat-Marschall-Str. funktioniere nicht mehr einwandfrei. Ferner fragt sie, inwieweit die Stadt kontrolliere, dass die Gehwege nach der Glasfasersanierung wieder ordnungsgemäß instandgesetzt würden.

TA Mering erklärt, die Verwaltung wisse, dass diese Ampel nicht mehr dauerhaft funktionstüchtig sei, es fehlten aber schlicht die Ersatzteile. Grundsätzlich habe der Betriebshof ein Auge auf die Wiederherstellung der Asphaltdecken. Die Unternehmen müssten zudem vor Beginn der Arbeiten eine verkehrsrechtliche Genehmigung einholen. Mit der erforderlichen Fertigstellungsanzeige erfolge dann die Abnahme durch die Verwaltung. Dennoch gebe es schon seit Jahren einen ständigen Kampf mit Ver- und Entsorgern in dieser Thematik.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zum Sachstand der kommunalen Bauprojekte des Tiefbauamtes (siehe Anlage 1) zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

**9./ IKK-Maßnahme M-3 Umsetzungsstrategie Radverkehr
- hier: Priorisierung der Maßnahmen aus den harmonisierten Steckbriefen
des Radverkehrskonzeptes des Kreises Mettmann und dem Verkehrsentwicklungsplan der Stadt Haan
Vorlage: 66/096/2024/2**

Protokoll:

Zum Punkt „Radverkehr“ weist **Stv. Rehm** darauf hin, dass es bei der Route Nebenstrecke Adlerstr. ein Querungsproblem im Bereich Flurstr. gebe, das im Rahmen der Schulwegsicherung höchste Relevanz haben sollte. Im Bereich der Dieker-/Feldstr. bittet er um aktive Nutzung von Piktogrammen auf der Fahrbahn. Die Elberfelderstr. verzeichne immer wieder Fahrer mit Tempo 70 km/h, was sich als Risiko für Radler darstelle.

TA Mering erklärt, auf der Elberfelder Str. solle das Tempolimit 50 km/h kommen. Allerdings sollten die Radler dort auch den Radweg auf dem Hochbord und nicht die Fahrbahn nutzen.

Beschluss:

Die in den Anlagen vorgenommenen Anmerkungen der Verwaltung werden zustimmend zur Kenntnis genommen und die Verwaltung wird beauftragt, vorbehaltlich der gesicherten Finanzierung, die Maßnahmen entsprechend dem Priorisierungsvorschlag der Verwaltung umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

10./ Publizierung von Kennzahlen zum Ressourcenverbrauch im regelmäßigen Turnus - inklusive Analyse der Ergebnisse
Vorlage: 65/065/2025

Protokoll:

Stv. Lukat vermisst neben dem reinen Zahlenwerk eine Analyse der Verwaltung.

Stv. Rehm zeigt sich verwundert über den höheren Strom- und gleichzeitig geringeren Gasverbrauch im Gymnasium und bittet die Verwaltung um Erläuterung.

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Gasverbrauch der Verbrauchsstelle Sporthalle Gymnasium ist im Berichtsjahr 2023 mit einer Differenz von -67 kWh zum Vorjahr gleichbleibend geblieben. Der Stromverbrauch hingegen hat sich vom Vorjahr zum Berichtsjahr um 36.703 kWh erhöht. Folgende Gründe sind hierfür anzuführen:

Die Sporthalle Gymnasium wurde im Vorjahr 2022 zwischen den Monaten 04/2022 bis 08/2022 als Notunterkunft für die Aufnahme von Flüchtlingen nach dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine vorgehalten. Eine Nutzung der Sporthalle für Schul- und Vereinssport wurde für etwa 6 Monate ausgesetzt. Eine Belegung der Notunterkunft mit Flüchtlingen ist in diesem Zeitraum nicht erfolgt. Die Sporthalle wurde im Vorjahr weiterhin beheizt, jedoch wurde im vorgenannten Zeitraum weniger Strom aufgrund Leerstand verbraucht.

Im Berichtsjahr 2023 wurde die Sporthalle nach Rückbau als Unterkunft wieder vollumfänglich für den Sport- und Vereinssport genutzt. Auch wurden zusätzlich im Berichtsjahr 2023 jegliche Beschränkungen aufgrund der vorangegangenen Corona-Pandemie aufgehoben.

Fazit

Der doppelte Stromverbrauch ist auf die eingeschränkte Nutzung der Halle in den Vorjahren zur vollen Nutzung der Sporthalle im Berichtsjahr zurückzuführen. Der Gasverbrauch hat sich hingegen aufgrund des gleichbleibenden Vorhaltens einer Grundtemperatur im Gebäude vom Vorjahr 2022 zum Berichtsjahr 2023 nicht verändert.

Stv. Braun-Kohl wünscht sich einen Vorschlag der Verwaltung, wie in öffentlichen Gebäuden eine Reduzierung der Verbräuche von Gas und Strom erreicht werden könne.

Die Verwaltung kündigt einen entsprechenden Sachstandsbericht für den nächsten UMA an.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

11./ Graffiti-Aktion am Bahnhof Gruiten
Vorlage: 61/108/2025

Protokoll:

Stv. Blossey äußert große Zufriedenheit zum Fortgang des Prozesses, der einen Beitrag zur Aufhübschung eines Angstraumes leiste. Besonders hebt er die Verwendung von Green Graffiti hervor.

Stv. Braun-Kohl zeigt sich ebenfalls zufrieden mit der Entwicklung. Bei der Gestaltung wirft sie als Vorschlag die Verwendung von Neandertaler-Motiven ein. Offene Fragen gebe es aber noch in den Punkten Überschwemmung und Beleuchtung.

Auch **Stv. Niklaus** zeigt sich zufrieden, hätte sich für die Künstler vor dem Hintergrund der Ausführungsvorschriften der Deutschen Bahn aber mehr kreative Freiheit bei der Gestaltung gewünscht. Die angekündigten Gespräche bitte er angesichts der bevorstehenden Bahnhofssanierung im Jahr 2026 zügig zum Abschluss zu bringen.

TA Mering für die Beleuchtung sei die Stadt Haan zuständig. Diese sei verschmutzt und werde durch die Westnetz gereinigt. Die DB habe im Januar eine physische Untersuchung des Zustands des Entwässerungskanals durchgeführt, wobei auch die Rohrleitungen gespült worden seien. Darüber hinaus werde die Pumpstation regelmäßig vom Tiefbauamt gewartet. Dennoch sei nicht gelungen, weitere Überschwemmungen im Hauptfußgängertunnel zu verhindern. Die Verwaltung habe die DB daher erneut aufgefordert, das Problem der Überschwemmungen umgehend zu beheben. Aus Sicht der Verwaltung komme auch eine temporäre Rampe bzw. Erhöhungseinrichtung in Betracht, mit der ein provisorischer Zugang über eine Anhebung bis zur ersten Trittstufe erreicht werden könne. Da die Überschwemmungen insbesondere in Verbindung mit starkem Wind aufzutreten schienen, käme aus Sicht der Verwaltung auch eine Überdachung in Frage. Das diesbezügliche Anschreiben an die DB werde dem Protokoll angehängt (Anlage 2).

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird betraut, zusammen mit Umsetzungspartner_innen (z. B. örtliche Graffiti Szene / Jugendparlament / Schulen / gemeinnütziger Verein) ein Graffiti-Projekt im Bereich des Gruitener Bahnhofs zu realisieren.
2. Bei der Aktion, die auch vermittelnde Elemente zu Graffiti als legaler Kunst und eine öffentlichkeitswirksame Darstellung der Arbeiten beinhaltet, sind die Rahmenbedingungen gem. dieser Sitzungsvorlage zu beachten.

-
3. Es ist eine Kostenobergrenze von 2.000 Euro städtischer Mittel einzuhalten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

12./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Die Verwaltung verweist auf die schriftlich beantworteten Anfragen.

Darüber hinaus fragt **Stv. Rehm** vor dem Hintergrund des Gerichtsurteils zur Verpackungssteuer, ob dieserhalb ein erneuter Antrag der GAL-Fraktion erforderlich sei oder ob die Verwaltung unaufgefordert eine Vorlage einbringe.

Techn. Dez. Horst sagt zu, dies zu prüfen, zunächst ist eine Verwaltungsmeinung abzustimmen, in diesem Zusammenhang sei auch der zuständige Ausschuss zu klären. Zum HFA könne eine erste Einschätzung erfolgen.

Stv. Braun-Kohl merkt an, an der Abfahrt der A 46 fehle ein Hinweisschild zur Fahrtrichtung. Ferner bittet sie die Verwaltung zur neuen Regelung der Mülltrennung darum, eine entsprechende Pressemitteilung herauszugeben.

TA Mering bestätigt, dass die Verwaltung an dem Thema arbeite.

Stv. Zerhusen-Elker nimmt Bezug auf den Spazierweg zwischen Erkrather Straße und Hildener Stadtwald. Dort sei ein Hundetütenspender erst weit im Verlauf des Weges angebracht. Sie bittet um Versetzung an den Anfang des Weges.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung hat eine entsprechende Umsetzung durch den Betriebshof beauftragt.

13./ Mitteilungen

Protokoll:

Die Verwaltung verweist auf ihre Mitteilungen. Weitere Mitteilungen liegen nicht vor.

